

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Klimaschutz und Energie (25. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Steffen Kotré, Leif-Erik Holm,  
Dr. Malte Kaufmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD  
– Drucksache 20/1862 –**

### **Öl- und Gasembargo verhindern – Bürger und Unternehmen schützen**

#### **A. Problem**

Aufforderung an die Bundesregierung, die geplanten, den Erdölbezug betreffenden Sanktionen im Zusammenhang mit dem Ukraine Konflikt sowie die entsprechenden Maßnahmen auf EU-Ebene abzulehnen, dem Bundestag einen umfassenden regelmäßigen Statusbericht zu möglichen Effekten des Embargos vorzulegen, die politische Abhängigkeit von russischen Energieimporten zu reduzieren und bei der Neuverteilung der energetischen Bezugsquellen mittels Diversifikation keine neuen, einseitigen politischen Abhängigkeiten entstehen zu lassen.

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.**

#### **C. Alternativen**

Wurden nicht erörtert.

#### **D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

**Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 20/1862 abzulehnen.

Berlin, den 22. Juni 2022

**Der Ausschuss für Klimaschutz und Energie**

**Klaus Ernst**  
Vorsitzender

**Dr. Nina Scheer**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Dr. Nina Scheer

### I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 20/1862** wurde in der 36. Sitzung des Deutschen Bundestages am 18. Mai 2022 an den Ausschuss für Klimaschutz und Energie zur Federführung sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales und den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz zur Mitberatung überweisen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die den Antrag auf Drucksache 20/1862 stellende Fraktion der AfD schickt voraus, die EU erwäge derzeit ein Öl- und Gasembargo gegen Russland. Am 4. Mai 2022 habe die Europäische Kommission ihr sechstes Sanktionspaket gegen Russland vorgelegt. Es enthält unter anderem ein Energieembargo, welches schrittweise bis Ende des Jahres in Kraft treten sollte. Die Folgen für Bürger und Unternehmen in Deutschland wären erheblich und stünden in keinem Verhältnis zu der zu erwartenden Wirkung der Sanktionen. Zudem hätte ein Lieferstopp für die Öl-Raffinerie in Schwedt zusätzlich schwerwiegende Folgen für die Versorgungssicherheit in Ostdeutschland sowie Berlin und würde die ohnehin hohen Heiz- und Kraftstoffpreise sowie mittelbar auch die Verbraucherpreise weiter erhöhen. Das russische Öl, welches durch eine eigene Leitung, die Druschba-Trasse, zu dieser Raffinerie geliefert werde, sei ökonomisch und technologisch zumindest kurzfristig nicht vollständig zu ersetzen. Ein Ölembargo seitens Deutschlands und der EU könne Russland zudem einen Anlass bieten, als Reaktion den Export von Erdgas nach Deutschland zu stoppen. Die Konsequenz wäre ein Gasengpass mit verheerenden wirtschaftlichen Folgen für Deutschland. Eine aktuelle Studie beziffere den volkswirtschaftlichen Schaden durch einen Gaslieferstopp Russlands auf rund 500 Milliarden Euro.

Aus diesen und weiteren Erwägungen fordert die Fraktion die Bundesregierung unter anderem auf:

- die geplanten, den Erdölbezug betreffenden Sanktionen im Zusammenhang mit dem Ukrainekonflikt sowie die entsprechenden Maßnahmen auf EU-Ebene derzeit abzulehnen;
- zur Abschätzung der gesamtwirtschaftlichen und politischen Folgen eines Ölembargos seitens der EU sowie eines möglicherweise als Reaktion folgenden russischen Gasembargos gegen die EU dem Bundestag einen umfassenden regelmäßigen Statusbericht vorzulegen;
- die politische Abhängigkeit von russischen Energieimporten zu reduzieren und
- bei der Neuverteilung der energetischen Bezugsquellen mittels Diversifikation keine neuen, einseitigen politischen Abhängigkeiten entstehen zu lassen.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/1862 in seiner 15. Sitzung am 22. Juni 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. und gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Wirtschaftsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/1862 in seiner 13. Sitzung am 22. Juni 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. und gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 20/1862 in seiner 20. Sitzung am 22. Juni 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. und gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 20/1862 in seiner 13. Sitzung am 22. Juni 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. und gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

#### **IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss**

Der Ausschuss für Klimaschutz und Energie hat den Antrag auf Drucksache 20/1862 in seiner 21. Sitzung am 22. Juni 2022 abschließend beraten.

Der **Ausschuss für Klimaschutz und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/1862 zu empfehlen.

Berlin, den 22. Juni 2022

**Dr. Nina Scheer**  
Berichterstatlerin